

## **Bericht**

**des Haushaltsausschusses**

**(13. Ausschuß)**

**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**über den von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurf  
eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen  
zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß § 4 des Gesetzes  
zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft**

**— Drucksachen V/4331, V/4494 —**

**über den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD eingebrachten  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Maß-  
nahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß § 4 des  
Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der  
Wirtschaft**

**— Drucksachen V/4333, V/4494 —**

### **Bericht des Abgeordneten Röhner**

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 1969 den Gesetzentwurf — Drucksache V/4331 — in der Fassung der Beschlüsse des federführenden Finanzausschusses — Drucksache V/4494 — nach § 96 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages als Finanzvorlage behandelt.

Der Haushaltsausschuß hat festgestellt, daß die Annahme des Gesetzentwurfs zu Mindereinnahmen des Bundes führen wird. Um jedoch eine weitere Benachteiligung der deutschen Seezollhäfen und einer damit verbundenen Abwanderung des Verkehrs von den Seezollhäfen entgegenwirken zu können, müssen die Seezollhäfen bei der Anwendung

des Absicherungsgesetzes den Freihäfen gleichgestellt werden.

Die Mindereinnahmen können jedoch aus dem z. Z. noch von der Bundesregierung gesperrten Restbetrag in Höhe von 195 Mio DM des binnenwirtschaftlichen Anpassungsprogramms gedeckt werden.

Der entsprechende Betrag wird bei der Überprüfung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der Preisstabilität freigegeben werden.

Die Vorlage ist mit der Haushaltslage als vereinbar anzusehen.

Bonn, den 2. Juli 1969

**Der Haushaltsausschuß**

**Dr. Conring**

Stellv. Vorsitzender

**Röhner**

Berichterstatter